

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1881

9.6.1881 (No. 136)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 9. Juni.

№ 136.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einkaufsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1881.

Deutschland.

Karlsruhe, 8. Juni. Seine königliche Hoheit der Großherzog haben am heutigen Audienztag u. A. nachbenannte Herren vom Militär- und Civilstande empfangen: den Premierlieutenant Sachs vom 2. Hannover'schen Infanterie-Regiment Nr. 77. Ferner: den Professor Engler von Wiesloch; den Diafonus Mampell von Rheinischhofheim; den Pfarrer Moser von Fautenbach; den Kreis-Schulrath Schneider von Bellingen; den fürstlich fürstenbergischen Oberforstath a. D. Roth, die Oberlandesgerichts-Räthe Heß und Koos, den Seminar-Oberlehrer Schweickert und den Zollrevisor Jauch, sämmtlich von hier.

Die Audienz währte bis nach 2 Uhr Nachmittags.
Berlin, 7. Juni. Der Kaiser hat gestern Abend in Begleitung eines Adjutanten eine Spazierfahrt durch den Thiergarten bezw. Moabit unternommen und wurde überall von der Bevölkerung, welche in dichten Scharen die Festtags-Freude gerade in diesen Stadttheilen genöß, mit endlosem Jubel begrüßt. — Heute Nachmittag 4 Uhr überreichte, in Anwesenheit des Grafen Limburg-Sturum als Vertreter des Auswärtigen Amtes, der neue serbische Gesandte Oberst Petrojewitsch sein Beglaubigungsschreiben. Ueber die Abreise des Kaisers nach Ems werden Bestimmungen noch erwartet; allem Anschein nach ist dieselbe etwas verzögert worden. — Die Frage wegen Bildung des deutschen Volkswirtschafts-Raths wird den Reichstag wohl zu Anfang der nächsten Woche beschäftigen; die Kostenbewilligung, über welche der Reichstag zu beschließen hat und welche in der Kommission nur mit einer Stimme Mehrheit erfolgt ist, wird auch im Plenum zweifellos zu lebhaften Debatten führen. — Die zukünftigen Ausschüsse des Bundesraths sollten sich mit der Frage wegen des Zollanschlusses der Unterelbe unter Aufhebung des Hauptzollamts u. s. w. in Hamburg beschäftigen. Man hat indessen diese Berathung vorläufig verjagt, um zunächst die Gestaltung dieser Angelegenheiten unter den jetzt veränderten Verhältnissen des mehr oder minder nahen Abschlusses der Uebereinkunft mit Hamburg wegen des Zollanschlusses abzuwarten.

Die im Monat April d. J. in's Leben getretene Neuformirung von 25 Bataillonen Infanterie und anderen Truppentheilen ist der Anlaß einer bevorstehenden größeren militärischen Feier, wie eine ähnliche seit der Reorganisation der preussischen Armee im Jahre 1860 nicht stattgefunden hat. Es handelt sich um die Beschaffung, Vertheilung und Weihe der Fahnen, welche diesen neuformirten drei anderen bisher nicht im Besitze von Fahnen gewesen Bataillonen in den nächsten Tagen verliehen werden sollen. Wenngleich die endgültigen Bestimmungen über den Verlauf der Feier zu völliger Abschluß noch nicht gegeben sind und die kaiserliche Genehmigung, welche diesen Gesundheitszustand des obersten Kriegsherrn abhängig ist, deshalb auch noch nicht ertheilt werden konnte, so sind wir doch im Stande, über die Art und Weise, wie diese Feier in Aussicht genommen ist, zu berichten. Zur Vertheilung und Weihe gelangen entsprechend der Zahl der beteiligten Truppentheile im Ganzen 29 Fahnen, und zwar je drei Fahnen für die Infanterieregimenter Nr. 97, 98, 99, 128, 129, 130, 131, 132, eine für das neuerrichtete Füsilierbataillon des 2. Großherzoglich Hessischen Infanterieregiments (Großherzog) Nr. 116, eine für das neuerrichtete Pionierbataillon Nr. 16 und drei Fahnen für die schon bestehenden, im Besitze von Fahnen sich jedoch noch nicht befindenden beiden Bataillone des Eisenbahn-Regiments sowie des Pionierbataillons Nr. 15. Den beiden Bataillonen des Eisen-

bahn-Regiments werden sogenannte „Gardefahnen“ (ganz weiße), den übrigen 27 Bataillonen solche Fahnen verliehen werden, wie sie die Linienbataillone der Armee bereits besitzen. Am 10. und 11. Juni wird im Kriegsministerium die Nagelung der Fahnenstücke an die Fahnenstangen stattfinden, und zwar bei den beiden Fahnen für die zwei Pionierbataillone mit silbernen, bei allen übrigen mit goldenen Nägeln. Unmittelbar auf die Nagelung wird die Verpackung und die Ueberführung der Fahnenstücke zunächst nach Potsdam erfolgen, wo sie bis zum Tage der Fahnenweihe im dortigen königl. Stadtschloße in den mit mancherlei Solbaten- und Schlachtenbildern geschmückten Räumen König Friedrich Wilhelm III., in welchen die Fahnen, Standarten und Pauten der Potsdamer Garnison ihren Standort haben, aufgestellt werden.

Die „Post“ fordert die Nationalliberalen auf, zum Zustandekommen des Unfallversicherungs-Gesetzes, und zwar gegen das Centrum mitzuwirken. Die „Post“ schreibt ferner zur nationalliberalen Erklärung:

Die maßvolle nationale Gesinnung, welche aus der Erklärung spricht, ebnet unseres Erachtens einem Zusammenwirken mit den gemäßigten Konservativen doch die Wege. Unsere Parteigenossen wird das Bestreben, eine geschlossene Front aller gemäßigten nationalen Elemente gegen oppositionellen Radikalismus zu bilden, wesentlich erleichtert. Denn auch die Deutschkonservativen werden, wenn anders sie die jetzt bei ihnen vorherrschende maßvolle Richtung festhalten und nicht die Partei in extreme Bahnen gerathen lassen und so der Gefahr der Vernichtung bei einer Strömung an leitender Stelle aussetzen wollen, ein lebhaftes Interesse daran haben müssen, die Mittelpartei in einer solchen Stärke zu erhalten, daß sie ein ausreichendes Gegengewicht gegen das Centrum bilden und die Konservativen vor dem verhängnisvollen Loose bewahren, von diesem sich die Politik vor-schreiben zu lassen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:
„Die Fortschrittspartei und deren Presse läßt kein Gelegentlich vorübergehen, um den Nationalliberalen das Leben sauer zu machen und sie in den Augen des Publikums herabzusetzen. Wie jede extreme Partei, setzt die Fortschrittspartei ihre Sache auf den Terrorismus, welcher der urtheilslosen Masse imponirt und auch die Besonnenen und Verständigen einschüch-tert, welche ja doch mit der Stimmung der Massen zu rechnen haben, wenn sie im parlamentarischen Leben zur Geltung kommen wollen. Der Radikalismus wird daher auch an der jetzt veröffentlichten „Erklärung“ der Nationalliberalen heftigen Anstoß nehmen, welche im Wesentlichen den Vermittlungsstandpunkt festhält und die Berücksichtigung der realen Verhältnisse im Auge behält. Die Partei wird sich darüber mit ihren fortschrittlichen Gegnern auseinandersetzen zu setzen haben, und es wird ihr in deren Augen schwerlich sehr hoch angerechnet werden, daß sie sich gegen die innere Politik des Fürsten Bismarck in Widerspruch setzt. In Bezug auf die Zollpolitik wird jedoch der Parteimitgliedern freie Hand gelassen und in Bezug auf sehr wichtige Ziele der inneren Politik (Unfallversicherung) die Absicht zu erkennen gegeben, daß man der Verfolgung derselben nicht fern bleiben wolle. Die Partei wird aber, wenn sie sich an die Wähler wendet, sich überzeugen, daß dort die Unterscheidung zwischen der Werthschätzung der äußeren Politik und der inneren, wie sie in der Erklärung formulirt wird, auch auf liberaler Seite wenig Anklang findet.“
Es wird bestätigt, daß die Frage der Einführung einer Tabakfabrikats-Steuer in Erwägung gezogen wird.

Seitens der hiesigen Post- und Telegraphenverwaltung wird hervorgehoben, daß die in Berlin eingerichtete Telephon-leitung sich nicht des Zuspruchs erfreut, wie in Paris. Es muß konstatiert werden, daß die von der Post- und Telegraphenverwaltung getroffenen Einrichtungen für den Fernsprech-Dienst Berlin die Aufmerksamkeit auswärtiger Kreise auf sich gelenkt haben, was sich durch wiederholte Besuche befundet, die von

Beamten anderer Verwaltungen zum Zwecke der Besichtigung der Anlagen abgestattet worden sind. Eine solche Besichtigung hat nacheinander durch den Ingenieur der belgischen Verwaltung, Gerard, durch den Vicepräsidenten der Pariser Société générale des Téléphones, Mr. Turgau, und durch den ägyptischen General-Postdirektor Halton stattgefunden; ferner haben sich vor Kurzem zwei bayrische Beamte zum Studium der Fernsprech-Einrichtungen hier aufgehalten. Die Fernsprech-Einrichtung zu Karlsruhe im Elsaß wird nächstens den Besuch des Präsidenten des württembergischen Generaldirektors der Posten, v. Hofacker, zu gleichem Zwecke erhalten.

Hamburg, 7. Juni. Die ständige Deputation des Deutschen Juristentages, welche am Pfingstmontag hier zusammengetreten war, hat aus Gründen der Zweckmäßigkeit beschlossen, daß in diesem Jahre eine Hauptversammlung des Vereins nicht einzuberufen sei.

Hamburg, 8. Juni. (Tel.) Eine Erklärung der Handelskammer empfiehlt der Bürgerschaft die Genehmigung des Zollanschlusses-Vertrags, da durch die dauernde Gewährleistung des wenn auch verkleinerten Freihafens der Bestand und die gesunde Fortentwicklung des überseeischen Großhandels, des internationalen Zwischenhandels und der Exportindustrie gesichert ist. Sehr bedeutend sei der Uebergang der Zollverwaltung an die Hamburger Behörden. Die Handelskammer hätte die Sicherung völliger Freiheit der Unterelbe gewünscht, doch dürfte auch hier wie bei den Regulativen, über den formellen Zusicherungen die Natur der Sache nachtheilige Folgen verhindern. Die Handelskammer hofft auf die siegreiche Ueberwindung der Uebergangsschwierigkeiten und glaubt, daß durch den Zollanschluß manche Handelszweige und Industrien günstiger als bisher gestellt würden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 7. Juni. Die Angabe verschiedener Blätter, der Feldmarschall-Lieutenant v. Uchatius habe sich deßhalb den Tod gegeben, weil der Kriegsminister ihn gedrängt habe, neue Küstengeschütze für Pola bis Ende Juni fertigzustellen, ist erfunden. Diese Küstengeschütze sind bei Krupp hergestellt worden und es ist eine Verordnung im Druck, daß die Erfindung von Uchatius auch für Festungs- und Belagerungsartillerie angenommen werde. Die Ursache des Selbstmordes ist darin zu suchen, daß die Versuche zur Herstellung von panzerdurchschießenden Küstengeschützen schwersten Kalibers nicht ganz gelungen waren und daß Uchatius die Einwendungen des technischen Komite's auf persönliche Gründe zurückführte.

Schweiz.

Bern, 6. Juni. Die Schweizer Bundesversammlung trat heute zu ihrer Sommer-session zusammen. Die periodischen Wahlen sind durchwegs radikal ausgefallen. Zum Präsidenten des Nationalraths wurde Bessaz, der bisherige Vicepräsident, zum Vicepräsidenten Zyro v. Tsin, zum Ständeraths-Präsidenten der bisherige Vicepräsident Rappeler und zum Vicepräsidenten Cornaz aus Neuenburg gewählt.

Italien.

Rom, 6. Juni. Sehr bemerkt wurde hier, daß der deutsche Botschafter v. Kuehllern gestern bei der Revue beständig an der Seite des Königs verblieb.

Rom, 7. Juni. Der Kammer ging ein Gesekentwurf

Eine schöne Frau. *)

Aus dem Englischen des Leon Prosk.
(Fortsetzung.)
„Retten Sie mich, Sir Basil Barry!“ höre ich den Glenden ausrufen. „Retten Sie mich, den Vater Ihrer Frau!“ — mit seinen blutbefleckten Fingern deutet er auf mich. „Es ist wahr, was ich sage. Sehen Sie!“ dabei nimmt er aus seiner Westentasche zwei oder drei zertrümmerte Briefe und legt sie in die zitternden Hände meines armen Gatten. „Es ist die Handschrift meiner Tochter und Ihrer Frau. Ja, ja! ich lüge nicht. Sie ist grausam gegen mich gewesen und hat Sie getödtet. Sie hat Ihnen nicht gesagt, — daß ihre Mutter wahnsinnig ist — wahnsinnig, Sir Basil — in einer Irrenanstalt, und ich — ich bettel-arm bin.“ Er hält inne. So krank auch Sir Basil ist, blickt er dennoch auf die Briefe, erkennt meine wohlbelannte Handschrift und läßt sie aus seinen Händen gleiten. Der Glanz erlischt in seinen Augen, und mit einem Ausdruck des tiefsten, bittersten Vorwurfs blickt er lang und forschend in mein Gesicht. „Ist dies wahr, Agnes?“ murmelt er. „O Gott, ist dies wahr?“
„All mein Entschluß, mein Muth, meine Kraft sind von mir gewichen. Stumm sinkt ich zusammen und verberge mein Gesicht an seinem Bett.“
„Oh Papa!“ klagt das erschreckte Kind; „Papa, ich fürchte mich so.“
„Armer Knabe!“ höre ich ihn murmeln. „Möge Gott Jemand schicken, um dich vor Sünde und Verführung zu bewahren, wenn ich nicht mehr bin.“
Dann vernehme ich einen fremden, schweren Tritt, erhebe mein Haupt; Sir Basil fährt in die Höhe mit beinahe ungläublicher Anstrengung und dem Rufe: „Konrad!“

*) Nachdruck verboten.

Ein großer Mann in der Uniform eines Kürassierobersten tritt plötzlich, von Johann begleitet, ein.
„Was bedeutet diese Gewaltthatigkeit?“ herrscht er die Beamten mit strenger Autorität in französischer Sprache an. „Sie sind in Ihrem Pflanzteiler zu weit gegangen; morgen wird sich das Weitere darüber ergeben.“
„Sie thun mir unrecht, Herr Oberst,“ antwortete der Polizeibeamte ehrerbietig, aber fest.
„Nein,“ lautet die strenge Antwort; „ist dies euer Gefangener?“
„Ja, Herr Oberst,“ erwidert er, ohne einen Schritt näher zu kommen.
Sir Basil ist erschöpft auf sein Kissen zurückgefallen, noch-mals den geliebten Namen „Konrad, Konrad!“ murmelt.
Ohne Zögern nimmt der Offizier meinen Vater am Kragen; dieser wehrt sich; sie ringen mit einander; mein Vater hat noch die Pistole und will sie abdrücken; das Blut fließt aus seiner Stirnmunde; benüthlos sinkt er zu Boden. Konrad schleift ihn zur Thüre; ich glaube, er ist todt.
„Nehmt neuen Gefangenen,“ sagt er gebieterisch, „und fahrt Sir Basil Barry nicht länger.“
Der Beamte befiehlt einigen von seinen Leuten, die am Boden liegende leblose Gestalt meines unglücklichen Vaters aufzuheben und hinwegzutragen.
„Da ist kein Verhör mehr nöthig,“ murmeln sie im Abgehen. „Man kann einen Mann nicht zweimal tödten.“
Der Oberst kehrte an das Bett des Leidenden Sir Basil zurück. O, dieses Gesicht! Wie erweckt es die alten Tage in meiner Erinnerung! Die Zeit hat es sehr verändert: Ein strenger, harter Zug liegt darin ausgeprägt; die ganze wohlgebauete Gestalt mit all' ihren Bewegungen zeigt die strengste Energie. Haar und Bart sind grau durchstreift, obgleich er noch so jung an Jahren. Er wendet sich mir zu, sieht eine blutende Schramme

auf meiner Stirn und mein Haar von geronnenem Blut bespritzt.
„Der Nichtswürdige hat Sie mißhandelt, Lady Barry. Gott verzeihe dem Glenden.“
„Befürchtete ich ihn an; ich fühle mich so elend — so hoffnungslos unglücklich.“
„Beachten Sie mich nicht,“ murmelt ich schwach; „sprechen Sie zu ihm.“
Er beugt sich über die scheinbar bewußtlose Gestalt seines unglücklichen Bruders nieder.
„Basil,“ spricht er leise, „Basil.“
Ein schwaches Lächeln des Erkennens erhellt die Züge meines sterbenden Gatten.
„Konrad, Konrad, endlich!“ murmelt er, seine Augen öffnend und ihn zärtlich anschauend. „Ich wußte es, wir sehen uns nur, um uns zu trennen.“ Er ergreift seine starke Hand. „Aber du verläßt mich, Konrad — nicht wahr, du verläßt mich?“
„Ja, dir verzeihen, Basil!“ ruft er mit gebrochener Stimme. „O Gott, ich allein habe dich um Verzeihung zu bitten.“
„Nein, nein, Konrad,“ ruft mein Gatte eifrig; „meine Härte trieb dich aus deinem lieben alten Heim.“
Konrad blickt traurig und vorwurfsvoll nach mir; er weiß nun, daß ich nicht den Muth gehabt habe, ihm Alles zu sagen. „Ich habe unrecht an dir gehandelt, Basil,“ sagt er, „sehr unrecht an dir, dem besten, edelsten, liebsten Bruder. Aber ich kann dich nicht mehr darüber aufklären.“
„Nur ich trage die Schuld von allem Elend,“ rief ich. „Ich weiß, daß mir nicht verziehen werden kann, aber höre mein Geständniß.“
Und nun erzählte ich diesen Beiden, denen ich so schweres Unrecht zugefügt, Alles, ohne auch nur das Geringste zu verschweigen; ich wollte Basil nicht auch noch im Tode täuschen, selbst wenn er mich verfluchen würde.
(Fortsetzung folgt.)

zur Verlängerung der Handelsverträge mit Belgien, Frankreich, Deutschland, England und der Schweiz bis 30. Juni 1882 zu.

Frankreich.

Paris, 7. Juni. Die Kammer nahm den Gesetzentwurf Allemand betreffend den Pensionszuschuß für die Marinesoldaten und deren Familien nach den Kommissionsanträgen an, welche höhere Summen vorschlugen als die Regierung. — Nachrichten aus Orléans zufolge wurden zwischen Frensdah und Gerville nicht 26, sondern 8 von den Insurgenten getötet. — Der Mörder Seguin's wurde gestern in Beza hingerichtet.

Großbritannien.

London, 5. Juni. Die Zustände in Irland beherrschen wieder fast ausschließlich die öffentliche Aufmerksamkeit. Es scheint indeß, daß die Regierung jetzt ernstlich gesonnen ist, der Anarchie auf der Insel ein Ende zu machen. So ist u. A. eine Expedition zur Wiederaufnahme offensiver Operationen in New-Pallas und zur Einnahme der „Quinlan's Castle“ genannten Feste der Landliga organisiert worden. Vorgestern Abend sollte Militär abmarschieren und an Ort und Stelle ein Lager beziehen. Die Garnison wird zur Uebergabe aufgefordert werden. Es werden keine lärmenden Zusammenrottungen gebildet werden; im Falle weiterer Ausschreitungen wird die Auftragsarmee verlesen und auf das Volk gefeuert werden. Es schließen sich Genietruppen der Expedition an, um die von den Ligisten abgebrochenen Brücken wieder herzustellen. Gestern früh gingen 250 Polizisten von Limerick nach New-Pallas ab, um sich dem dort liegenden Militär anzuschließen.

Im Distrikt Longhrea waren dieser Tage Plakate angeschlagen, worin offen zum Gutsbesitzer-Mord aufgefordert wird. Eines dieser Plakate, welches die Unterschrift trägt „More to be murdered!“ und worin der Schreiber sagt, daß die Behörden im Irrthum seien, da sie die unredlichen Personen wegen der jüngst in dem Distrikt verübten Morde in Haft genommen, schließt wie folgt:

„Der Mann, welcher die Leute erschossen hat, befindet sich noch immer auf freiem Fuße, und hat im Distrikt und Lande noch mehr gute Arbeit zu verrichten. Den Landdieben muß um jeden Preis das Handwerk gelegt werden. Der nächste Besuch wird einem Ort in der Nähe der Wohnung eines Mannes, Namens Kennedy, gelten, welcher die Farm der Wittwe Dempsey an sich gebracht hat. Dieser Kennedy hat die von der Wittwe gepflanzten Kartoffeln wieder ausgegraben. Glaubt die Regierung, daß diese Glenden am Leben bleiben dürfen weil sie die Zwangsbill durchgebracht hat? Nein. Solche Schufte werden erschossen werden, und wenn sie den Schutz sämtlicher Truppen Ihrer Majestät genießen. Es dürfen keine Landdiebe mehr in Irland am Leben bleiben. Die nächsten Leute, mit denen abgerechnet werden soll, sind Landdiebe Namens Clark und Stemon, welche eine Farm in Shanganry übernommen haben, von der kürzlich ein Pächter durch Lord Clancarty ermittelt worden ist. Man wird mit diesen Glenden kurzen Prozeß machen, falls sie jenes Gut behalten wollten. Hierauf werden weitere fünf Gutsbesitzer — zwei Protestanten und drei Katholiken — erschossen werden. Es wird keine Gutsbesitzer-Tyrannie mehr im Distrikt gebildet werden. Das Gutsbesitzthum ist dem Untergange geweiht. Es pfeift auf dem letzten Loch und die Regierung kann es nicht am Leben erhalten. Es muß weg und den Eigenthümern des Landes von Irland Platz machen; dem Volke, welches dasselbe bebaut, und nicht den Faulenzern, welche das Vermögen des Volkes für Jahre hinaus verschwenden. Fort mit den Tyrannen! Korv.“

London, 7. Juni. Das Anwachsen der Agrarverbrechen und der Wühlereien, während dem das Parlament die Landvorlage zur Abhilfe erörtert, führt allmählich, wie der „Köln. Ztg.“ berichtet wird, zu der Ueberzeugung, daß die Unruhen nicht sowohl eine Besserung der Landverhältnisse, sondern vielmehr die vollständige Trennung Irlands von England bezwecken; man vermutet die Existenz einer geheimen politischen Gesellschaft neben der Landliga, welche vorzugsweise zum Mord anreizt. Aufsehen macht heute eine Stelle in einer Rede des Bischofs Kulty in Dublin an den Vertreter der Landliga von Painstown und Rossanree. Kulty sagte, die Kirche ist eine göttlich organisierte Gesellschaft, die Landliga nur eine natürliche und menschliche Gesellschaft; aber sie hat die größtmögliche Ähnlichkeit mit ihr. Wird die Landliga irgendwie unterdrückt, so erhält sie Unterstützung von der ganzen irischen Klasse in jedem Lande der Erdkugel.

London, 7. Juni. „Daily News“ meldet aus Tunis vom 6. d.: Sämtliche tunesische Agenten und Konsuln in Europa sind angewiesen worden, ihre Archive und die Leitung ihrer Bureaus den in denselben Staaten residierenden französischen Konsuln zu übergeben.

Dublin, 8. Juni. (Tel.) Das Amtsblatt veröffentlicht eine Proklamation, welche das Agrarmeeting in Mullingar, Graffschaft Westmeath, verbietet und besondere Vorsichtsmaßregeln anordnet. — Gestern fand eine ernsthafte Aufruhr in Skull statt, in Folge des Gerüchtes der Verhaftung des Ortspfarrers. Die Tumultuanten zerstörten das Straßenpflaster und die Telegraphenleitung, die Polizei machte vom Bajonett Gebrauch; es wurden Truppen von Cork requirirt.

Rußland.

St. Petersburg, 5. Juni. Bei der gegenwärtigen Lage der inneren Politik Rußlands scheint es natürlich, daß das Vorgehen des Fürsten von Bulgarien in Rußland günstig beurtheilt wird. Es kann daher auch nicht Wunder nehmen, wird der „N. Fr. Pr.“ telegraphirt, wenn sich in der heutigen Nummer des „Regierungsanzeigers“, der Korrespondenzen nur in den wichtigsten Fällen bringt, eine solche aus Sofia befindet, worin alle Sympathie für den Fürsten ausgedrückt und dessen Schritt vollkommen gebilligt wird. Das Ereigniß in Bulgarien bietet willkommenen Anlaß, gegen die dortige liberale Partei loszugehen, wobei man die Liberalen hier zu Lande im Auge hat. Rastow sekundirt dabei mit mehr Kühnheit

als Umsicht und schlenbert der Gesellschaft Anschuldigungen in's Gesicht, wogegen jegliche Polemik verstummen muß. Seine Zielscheibe ist natürlich das Regime Boris-Melitow's. Dieser habe Rußland an den Rand des Abgrundes gebracht; nur noch kurzer Zeit dieses Regiments hätte es bedurft und die Katastrophe wäre eingetreten. Angesichts dieser von Oben wohlgeleiteten Entstellung der Wahrheit müssen sich die Zweifel an der Erfüllung der von der Regierung gemachten Versprechungen immer mehr häufen. — Der „Golos“ fordert die Gesellschaft auf, gegen Rastow Stellung zu nehmen, und meint, das Moskauer Organ leiste der gegenwärtigen Regierung einen schlechten Dienst, indem es ihr durch derartige freche Anschuldigungen gegen den zurückgetretenen Minister das Vertrauen der Gesellschaft zu gewinnen sich bemühe.

St. Petersburg, 5. Juni. Die Journale sprechen sich anlässlich des Rücktrittes des Generals Miljutin einstimmig mit Aneerkennung über dessen zwanzigjährige angestrengte Thätigkeit zur Durchführung der Reformen im Militärdienst aus. Sie loben, wie der „N. Fr. Pr.“ gemeldet wird, die liberale Richtung des Generals, von welcher er im ganzen Verlaufe dieser Zeit nicht abgewichen sei. Die Vorwürfe, daß das Kriegsministerium den größten Theil der Einnahmen verschlinge, und wegen der Uebelstände während des letzten Krieges treffen nicht Miljutin und müssen verstummen gegenüber den großen Verdiensten, die er erzielt hat. Alle Mütter sollen dem rechtschaffen Charakter, dem freien Blicke, der humanen Gefinnung und der Pflichttreue Miljutin's Beifall und sprechen mit allgemeiner Achtung von ihm. Mit der Durchführung der allgemeinen Militärpflicht hat er sich das schönste Denkmal gesetzt. Das Gerücht über die beabsichtigte Theilung des Kriegesressorts und die Ernennung des Generals Dbrutschew an Stelle des Grafen Heydm zum Chef des Generalstabes, dem eine selbständige Stellung gegeben werden soll, erhält sich.

In der Nacht von Freitag auf Samstag entlud sich in Gattich in a ein heftiges Gewitter. In der Nähe des Palais wurde der von Kaiser Paul errichtete, 15 Faden hohe Obelisk durch einen Blitz vollständig zerstört. Der in der Nähe stehende Polizeisoldat wurde durch die herabstürzenden Trümmer erschlagen und ein weiter weggehender Soldat verwundet. Die Erbschütterung des Bodens war so stark, daß in der benachbarten Kaserne eine große Zahl von Fensterscheiben zertrümmert wurde.

St. Petersburg, 6. Juni. Der Kaiser geht, nach der „Köln. Ztg.“, dieser Tage mit Familie nach Peterhof, wo der kaiserliche Haushalt zunächst Aufenthalt nehmen wird. Gegen Ende des Sommers wird dann die Reise nach Moskau erfolgen.

St. Petersburg, 7. Juni. Sicherem Vernehmen nach werden der Ernennung des neuen Kriegsministers noch andere Aenderungen in den Departements folgen.

St. Petersburg, 8. Juni. (Tel.) Eine Note des „Regierungsanzeigers“ weist die Unterstellung zurück, als stehe Rußland der bulgarischen Krise indifferent gegenüber oder mißbillige die Entschlüsse des Fürsten. Die russische Regierung sei überzeugt, daß der Fürst bei der Erklärung, unter den gegenwärtigen Umständen seine Aufgabe nicht erfüllen zu können, tiefer und auf Erfahrung beruhender Ueberzeugung folgte, und daß er pflichtwidrig handeln würde, wenn er fortführe, den als gefahrvoll erkannten Zustand der Dinge mit seiner Verantwortung zu decken. Die russische Regierung wünsche, daß die bulgarische Nation, den loyalen Worten des Fürsten vertrauend, ihm treu verbunden bleibe und die Aufständelungen ehrgeiziger Agitatoren zurückweise, welche den Staat in eine seinen Untergang herbeiführende Anarchie stürzen könnten.

Moskau, 5. Juni. Heute ist hier unter großer Theilnahme die Feier des 50jährigen Jubiläums des berühmten Professors der Chirurgie, Burogou, begangen worden. Sämtliche russische Universitäten und andere gelehrte Körperchaften waren durch Deputationen vertreten oder hatten Glückwunschkarten an den Jubilar gerichtet. Auch vom Kongreß der deutschen Chirurgen war eine Glückwunsch-Adresse eingegangen.

XXIV. Allgemeine deutsche Lehrerverammlung.

II.

Karlsruhe, 8. Juni. An die gestrige Versammlung schloß sich ein Diner, bei dem die ersten Toaste Seiner Majestät dem Kaiser, sowie Ihren königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin von Baden gewidmet waren.

Der heutigen Sitzung wohnte Geh. Rath v. Freyendorf, Ministerialpräsident a. D., Ministerialrath Jooß und die Oberschulräthe Blas, v. Salkwärt, Dr. Bürklin und Wallraff bei. Den ersten Gegenstand der heutigen Tagesordnung bildete ein Vortrag des Privatdozenten Dr. Wolff (Leipzig) über: „Das Seelische im Kinde und die dadurch begründete Nothwendigkeit einer alleseitig logisch-psychischen Durchbildung des Lehrers“. Von dem Grundsatz: „Mens sana in corpore sano“ ausgehend, forderte der Redner: die Schule müsse, wenn sie erfolgreich wirken wolle, auch Erziehungsanstalt sein. Dazu sei es aber zunächst nothwendig, daß der Lehrer die körperliche und geistige Beschaffenheit und den Gemüthszustand des Kindes zu erforschen lerne. Spezifische Charakteranlagen finden sich in der Seele des Kindes nicht vor. Die vorhandenen Dispositionen seien nur eine Steigerung des Intellekts, eine Steigerung gewisser Gefühlrichtungen (der Liebe, des Wohlwollens, des Mitleidens). Die Dispositionen im Kinde seien außerdem eine vorhandene Empfänglichkeit für das Gefühl der Achtung vor der Person und dem geistig-körperlichen Eigenthum anderer Menschen. Neben der Steigerung des intellektuellen Lebens, der Veredelung des Gemüthslebens habe daher alle Erziehung vorwiegend auf die Ausbildung der Charakterentwicklung zu setzen. Unsere Zeit sei leider sehr arm an Charakteren. Geistige Anlagen ohne Charakterbildung haben gar keinen Werth. (Rufe: Sehr wahr, sehr richtig!) Der schlechte Mann mit feinem, edlem Charakter vermöge bedeutend mehr zu leisten als der Mann mit höchster geistiger Veranlagung, dem jedoch der Charakter fehle. (Beifall.) Wenn man aber Charaktere bilden wolle, so müsse die Logik für die Erziehung eine Verwerthung erfahren und an den Seminarien sei dahin zu streben, daß neben der allgemeinen Pädagogik auch Logik und Psychologie als gesonderte Disziplinen

eingeführt werden. Der Redner schloß seinen langen Vortrag mit der Proposition einer Anzahl in dem Mitgetheilten angeführten Thesen.

Seminarlehrer Halben (Hamburg) und Realschul-Direktor Dr. Deype (Bremen) beantragten, anstatt der Thesen des Referenten zu beschließen: 1) Die Bildung des Charakters im Kinde ist eine Hauptaufgabe der eigentlichen Schulthätigkeit. 2) Der Erzieher bedarf einer gründlichen logisch-psychischen Durchbildung. 3) Logik und Psychologie müssen deshalb im Lehrplan des Seminars gebührend berücksichtigt werden.“ Direktor Dr. Deype (Bremen) bemerkte: So lehrreich auch der Vortrag des Referenten gewesen, so muß doch hier in einer deutschen Lehrerverammlung darauf hingewiesen werden, daß es weniger darauf ankommt, die Charakteranlage des Kindes zu erforschen, sondern hauptsächlich durch praktische Beispiele Charaktere zu bilden. Führe man den Kindern vorhandene Charaktere, edle Männer vor, und ganz besonders seien wir Lehrer selbst bestrebt, den Kindern ein Vorbild edlen Charakters zu sein (Beifall), so wird uns das mehr nützen als alle wissenschaftliche Untersuchung von Charakteranlagen. Ich will allerdings hierbei betonen, daß ich die wissenschaftliche Forschung des Herrn Referenten, die ja mit der Praxis immer Hand in Hand gehen muß, keineswegs unterschätze.

Lehrer Pfeiffer (Fürth): Ich bekenne mich zu dem Ausspruch des früheren preussischen Kultusministers Dr. Fall: „Die Schule muß zunächst Unterrichtsanstalt sein.“ Die Schule soll allerdings, soweit sie kann, auch zur Erziehung beitragen, ohne die Hilfe der Familie vermaße sie jedoch keine gehörige Erziehung bewirken. Die Schule muß sich daher mit aller Energie gegen die Anlage verwahren, daß sie Schuld an der Vermehrung der Verbrechen, Ueberhandnahme von Unsitlichkeiten: habe. Die Schule allein ohne Mithilfe anderer Faktoren ist eben außer Stande, ein edles, gestittetes Geschlecht zu erziehen. Um dies zu erreichen, müssen ganz besonders die Eltern, oder auch andere edelbedenkende Volksgenossen dafür wirken, daß außerhalb der Schulzeit in der Erziehung nichts vernachlässigt werde. Es müssen allerwärts Einrichtungen getroffen werden, wodurch verhütet werden kann, daß die Kinder außerhalb der Schulzeit dem Müßiggang oder sonstigem Laster verfallen. Pflicht der Lehrer ist es, selbst unter das Volk zu treten und die Väter und Mütter in Vereinen u. die nothwendige Erziehungsmethode zu lehren und sie auf die Wichtigkeit einer regelrechten, gewissenhaften Erziehung aufmerksam zu machen. Nur wenn die Familie in harmonischer Weise mit der Schule wirkt, können Erfolge auf dem Gebiete der Erziehung erreicht werden. Endlich seien uns Vereine für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend, die es verhüten, daß das, was wir in dem Herzen des Kindes mühsam gepflanzt, nicht sogleich wieder zerstört werde. In dieser Beziehung ist Berlin mit gutem Beispiele dem übrigen Deutschland vorangegangen und hat dieser Berliner Verein bereits sehr gute Erfolge zu verzeichnen. Erst wenn es gelungen sein wird, die weiten Volkstheile für die Nothwendigkeit einer guten Erziehungsmethode zu gewinnen, wird es der Schule möglich sein, auf dem Gebiete der Erziehung erfolgreich zu leisten. (Lebhafter Beifall.)

Nach noch kurzer Debatte gelangte der Antrag der Herren Halben-Deype einstimmig zur Annahme.

Professor Höpff (Karlsruhe) sprach hierauf über: „Dialekt und Schiffsprache“. „Es sei eine pädagogische, methodische und nationale Forderung, daß in den Schulen hochdeutsch unterrichtet und gesprochen werde. Diese Lehrmethode werde den Schülern zu einer größeren Aufmerksamkeit anspornen und der Schule und damit auch dem Lehrer eine erhöhte Achtung verschaffen. Aber auch im Interesse der deutschen Einheit liege es, daß wir nun endlich einmal eine deutsche Sprache haben. Berechtigte provinzielle Eigenthümlichkeiten seien ja zu respektieren und man werde es nicht verhehlen können, daß im Volke ein provinzieller Dialekt gesprochen werde, allein beim Unterricht müsse dieser Schlenbrian in den deutschen Schulen aufhören. Die Klagen, daß so wenig in Deutschland gelesen werde, resultiren aus dem Umstande, daß die niederen Stände Hochdeutsch selten verstehen. Diesem Zustande müsse entschieden ein Ende gemacht werden. In Frankreich z. B. seien derartige Verhältnisse nicht anzutreffen. Die deutsche Schule könne nur dann auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen, wenn sie es sich zum Hauptzweck mache, die schöne deutsche Sprache unverfälscht im Volke zu verbreiten. Nicht Derjenige sei ein gebildeter Mann, der gut französisch, sondern der sich korrekt in seiner deutschen Muttersprache ausdrücken könne. Er beantrage zu beschließen: „Die Versammlung erklärt: Es ist eine pädagogische, methodische und nationale Forderung, daß in der deutschen Volksschule von den Lehrern nur in hochdeutscher Sprache unterrichtet, auch von den Schülern nur hochdeutsch gesprochen werde.“ (Lebhafter Beifall.) Eine Anzahl Redner wandten sich gegen diesen Antrag: Einerseits — so wurde bemerkt — beleidige man damit viele große Dichter provinzieller Mundarten und andererseits werden sich der praktischen Durchführung des Antrags große Hindernisse entgegenstellen. Die Kinder werden den Lehrern in vielen Orten einfach nicht mehr verstehen. Man sei trotz der deutschen Einheit genöthigt berechnete provinzielle Eigenthümlichkeiten gelten zu lassen, und zwar um so mehr, als ja doch bezüglich der Schule eine Decentralisation obwalte und wohl auch niemals nach einem einheitlichen Lehrplan für ganz Deutschland geregelt werden könnte.

Seminarlehrer Dr. Berger (Karlsruhe): Die berechtigten provinziellen Eigenthümlichkeiten wolle auch Niemand verbannen; dies schließe aber doch nicht aus, daß der Schulunterricht in hochdeutscher Sprache geschehe. Wenn man die verschiedenen deutschen Mundarten der betreffenden Dichter wegen pflegen wolle, dann werde man genöthigt sein, pflanzlich, schwäbisch u. s. w. in den Schulen zu lehren. (Heiterkeit.) Im Einverständnis mit dem Hrn. Referenten beantrage er zu beschließen: „Die Versammlung erklärt: Es ist eine pädagogische, methodische und nationale Forderung, daß in der Volksschule von den Lehrern nur in hochdeutscher Sprache unterrichtet werde.“ — Dieser Antrag gelangte schließlich fast einstimmig zur Annahme. — Auf Antrag des Lehrers Pfeiffer (Fürth) wurde noch beschlossen: „dafür zu wirken, daß eine einheitliche deutsche Geographie aufgestellt und eingeführt werde und daß ganz besonders die Lehrervereine dafür gewonnen werden, die deutschen Mundarten als Sprachschatz zu sammeln.“ — Danach endete die heutige Sitzung gegen 2 Uhr Nachmittags.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 8. Juni. Nach dem soeben fertiggestellten Adressbuch der Universität Heidelberg für das Sommerhalbjahr 1881 beträgt die Gesamtzahl der an dieser Hochschule Studirenden 849, was im Vergleich mit der Frequenz im letzten Wintersemester mit 562 und im Sommersemester 1880 mit 833 Studirenden eine Zunahme von 287 beziehungsweise 16 Studirenden ergibt. Diese Zunahme wird sich nach der endgültigen Feststellung der Frequenz der Hochschule noch wesentlich erhöhen, da nach uns

